

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 886 848 pbbn d

## Inhalt

Josef Vosen MdB zum Reaktorunfall in der Sowjetunion: Auch wir müssen Konsequenzen ziehen.  
Seite 1

Eckart Kuhlwein MdB zu den enttäuschenden BAFÖG-Beratungen im Bundestag: Soziale Lage der Studenten blieb unberücksichtigt.  
Seite 2

Gerd Walter MdEP zum Verhältnis EG/Ankara: Normale Beziehungen setzen normale Verhältnisse in der Türkei voraus.  
Seite 4

Karl Benke zur Bedeutung von Freizeit, Erholung und Fremdenverkehr: Teil einer umfassenderen Strukturpolitik von Bund, Ländern und Gemeinden.  
Seite 5

41. Jahrgang / 82

30. April 1986

Konsequenzen aus Tschernobyl ziehen

Auch unsere Kernkraftwerke sind mit Sicherheit nicht absolut sicher

Von Josef Vosen MdB  
Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuß für Forschung und Technologie

Das bisher schwerste Unglück bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie verlangt eine rückhaltlose Aufklärung über die Ursachen, den Verlauf und die möglichen weiteren Auswirkungen über den unmittelbaren Unfallzeitpunkt hinaus. Dies umfaßt insbesondere die detaillierten Folgen einer andauernden erhöhten radioaktiven Strahlung in den Nachbarstaaten und die daraus zu ziehenden Konsequenzen.

Dies ist die erste Aufgabe der Bundesregierung zusammen mit den anderen durch die Erhöhung der Radioaktivität betroffenen Staaten. Die Sowjetunion muß ihre Nachbarstaaten umfassend informieren. Dies muß die Bundesregierung auch über die Internationale Atomenergie-Organisation in Wien durchsetzen.

Zu kritisieren ist die voreilige Erklärung des Bundesforschungsministers in diesem Zusammenhang, daß unsere Kernkraftwerke „absolut sicher“ seien. Angesichts dieser Verharmlosung stellt die SPD fest, daß unsere Kernkraftwerke mit Sicherheit nicht absolut sicher sind.

Gerade dieses Restrisiko hat die SPD zu ihrem Beschluß im Mai 1984 in Essen geführt, daß die Nutzung der Kernenergie nur für eine Übergangszeit zu verantworten ist. Dies bedeutet, daß alternative, nicht-nukleare und regenerative Energien neben der Kohle den Vorrang bekommen müssen.

Dies bedeutet zugleich, daß wir den Schnellen Brüter in Kalkar und die Wiederaufarbeitung nicht mehr brauchen.

(-/30.4.1986/rs/ks)

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verleger: Ökonomie  
Hilfsvermittler: Rotafabrik  
Druck: Papier



Enttäuschende BAFöG-Beratungen

Koalitionsparteien konnten sich gegenüber ihrem Finanzminister nicht durchsetzen

Von Eckart Kuhlwein MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuß für Bildung und Wissenschaft

Das Ergebnis der Beratungen zur 10. BAFöG-Novelle im Ausschuß für Bildung und Wissenschaft muß leider als enttäuschend bezeichnet werden. Regierung und Koalitionsparteien waren nicht bereit, die notwendigen Konsequenzen aus dem Fünften Bericht zu ziehen, den die Regierung zur Überprüfung der Bedarfssätze und Freibeträge sowie der Gesamtentwicklung der Förderung nach BAFöG vorzulegen hatte.

Wie sehr die Regierung Konsequenzen scheut, zeigt der Streit über die 11. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerkes (DSW). Weil die Ergebnisse dieser Erhebung der Regierung nicht paßten, wurde das einschlägig bekannte Allensbacher Institut für Demoskopie beauftragt, eine eigene Befragung durchzuführen. Frau Noelle-Neumann enttäuschte auch diesmal nicht und lieferte der Regierung die ersehnte Botschaft, nach der die übergroße Mehrheit der Studentinnen und Studenten mit ihrer sozialen Lage zufrieden sei. Das Anhörverfahren des Ausschusses für Bildung und Wissenschaft, in dem von den Experten und von Betroffenen überzeugend dargelegt wurde, daß sich die soziale Lage der Studenten dramatisch verschlechtert hat, viele inzwischen bei der Nahrung sparen und die zurückgehende Studieneignung im „BAFöG-Kahlschlag“ der Regierung eine Ursache hat, stimmte zwar einige Koalitionsabgeordnete im Ausschuß nachdenklich, änderte aber nichts an der starren Haltung der Regierung.

So wird es bei einer Erhöhung der Förderbeträge um drei Prozent und einer unzureichenden und zudem noch auf zwei Stufen verteilten Anhebung der Freibeträge kommen, wobei der Grundfreibetrag vom Eterneinkommen insgesamt lediglich um 60 DM auf 1.600 DM steigt. Die Haltung der Regierung ist um so unverständlicher, als im letzten Jahr etwa 50 Millionen DM aus dem entsprechenden Haushaltstitel nicht ausgegeben wurden und in diesem Jahr noch ein größerer Rest zu erwarten ist.

Die Anträge der SPD-Fraktion auf Erhöhung der Bedarfssätze um sechs Prozent statt drei Prozent, wie die Regierung vorgeschlagen hatte, eine stärkere Erhöhung der Freibeträge vor allem für kinderreiche Familien und eine Erhöhung der in vielen Fällen unrealistisch gewordenen Förderungshöchstdauer für einen eingegrenzten Personenkreis wurden pauschal abgelehnt. Dabei sind diese Anträge mit einem Gesamtvolumen von etwa 140 Millionen DM pro Jahr auch finanzpolitisch sorgfältig abgestimmt.





Zum Verhältnis EG/Ankara

Normale Beziehungen setzen normale Verhältnisse in der Türkei voraus

Von Gerd Walter MdEP

Wahrscheinlich werden in diesem Jahr in den Beziehungen der Türkei zur Europäischen Gemeinschaft die Karten neu gemischt werden. Die Europäer, allen voran die Deutschen, drängen darauf, das zwischen der EG und der Türkei existierende Assoziierungsabkommen so zu ändern, daß der zum 1. Dezember 1986 vorgesehene freie Zugang türkischer Arbeitnehmer zum EG-Arbeitsmarkt nicht Wirklichkeit wird.

Vor allem die Bundesregierung drängt darauf, das gesamte Assoziierungsverhältnis, das nach dem Militärputsch in der Türkei praktisch eingefroren worden war, zu normalisieren. Insbesondere sollen die seit 1981 vom Europäischen Parlament blockierten Finanzhilfen in Höhe von rund 1,5 Milliarden DM freigegeben werden. Entscheidungen werden von dem erstmals in diesem Jahr wieder tagenden Assoziationsrat erwartet. Bei alledem muß vor leichtfertigen Tauschgeschäften gewarnt werden:

1. Die Normalisierung des Assoziationsverhältnisses darf nicht der Preis für den „Verzicht“ der Türkei auf den freien Zugang zum EG-Arbeitsmarkt sein. Normale Beziehungen setzen vor allem normale Verhältnisse in der Türkei voraus.
2. Kritische Mahnungen und Forderungen zur Wiederherstellung der Menschenrechte in der Türkei sind auch in Zukunft nicht entbehrlich. Schon gar nicht als Preis für einen „Verzicht“ der Türkei auf freien Zugang zum EG-Arbeitsmarkt. Trotz aller Fortschritte ist die Türkei von der Wiederherstellung der Demokratie und Menschenwürde noch ein gutes Stück entfernt.
3. Der „Verzicht“ der Türkei auf die Freizügigkeit darf auch nicht mit leichtfertigen Zusagen für einen späteren EG-Beitritt der Türkei erkaufte werden. Eine Vollmitgliedschaft der Türkei ist in absehbarer Zeit politisch und wirtschaftlich unmöglich.
4. Deutsche Waffenlieferungen sind kein Beitrag zur Lösung der Freizügigkeitsfrage. Auch wenn die Bundesregierung ihre Waffenverkäufe gern so begründet. Die Verhandlungen über die Freizügigkeit der türkischen Arbeitnehmer ist Sache der EG. Deutsche Vorleistungen können da nur stören.

Die Normalisierung der Beziehungen EG-Türkei und die notwendige Neuregelung des türkischen Zugangs zum EG-Arbeitsmarkt haben sachlich nichts miteinander zu tun. Gleichwohl werden sie, in erster Linie von Bonn und Ankara, politisch miteinander verknüpft. Und sie werden zusammen - oder jedenfalls zeitgleich - verhandelt. Umso wichtiger ist es, unzulässige Vermengungen zu vermeiden.

- 0 Der für den 1.12.1986 vorgesehene freie Zugang zum EG-Arbeitsmarkt darf nicht kommen. In diesem Punkt werden die Assoziierungs-Vereinbarungen geändert werden müssen. Als „Gegenleistung“ kann die Türkei eine deutliche rechtliche Besserstellung der in der EG bereits lebenden Türken erwarten. Einschließlich notwendiger Garantien für eine anständige Regelung des Familiennachzugs.
- 0 Die Normalisierung der Gesamtbeziehungen EG-Türkei hängt von der innenpolitischen Normalisierung am Bosphorus ab. Und jeder Schritt hin zu normalen Beziehungen muß von der EG mit deutlichen Erwartungen hinsichtlich normaler innenpolitischer Verhältnisse begründet werden.

(-/30.4.1986/rs/ks)



Freizeit - Erholung - Fremdenverkehr

Teil einer umfassenderen Strukturpolitik von Bund, Ländern und Gemeinden

Von Karl Benke  
Kurdirektor

Bbeauftragter des Parteivorstandes für Fremdenverkehr und Heilbäderwesen

Arbeit und Freizeit sind durch die vielfältigen sozialen und wirtschaftlichen Prozesse in der Gesellschaft in eine neue Beziehung zueinander getreten. Beide Lebenswelten haben heute immer mehr gleichgewichtige Bedeutung. Sie bestimmen das Wohlstandsniveau und die Zufriedenheit der Menschen. Ausdruck findet diese Haltung in der Hinwendung zu einem freizeitorientierten Lebensstil.

Erholung, Muße, körperliche Ertüchtigung, Weiterbildung über den Beruf hinaus, schöpferische Betätigung, Gesundheitsvorsorge, Besinnung und Urlaub verkörpern die Summe Freizeit. Freizeit ist mehr als Reisen.

Wegen der zunehmenden Bedeutung dieser Thematik für die Bundesrepublik erörterte die Konferenz der Vorsitzenden der SPD-Fraktionen des Bundes, der Landtage und der Bürgerschaften den Komplex am 10./11. April 1988 in Berlin.

In einem einstimmig gefaßten Beschluß empfehlen die Fraktionsvorsitzenden, die zunehmende Bedeutung von Freizeit und Erholung in Zukunft verstärkt durch fördernde und begleitende Initiative von Bund-, Länder- und Gemeindeebene voranzubringen.

Die von der Konferenz erarbeiteten Grundsätze knüpfen an die vom Bundesparteitag 1979 beschlossenen Leitlinien und an die Themen der Großen Anfrage der Bundestagsfraktion vom 13. November 1985 an.

Nur spürbare Bemühungen aller an der Öffentlichkeitsarbeit und Wirtschaft Beteiligten, einschließlich der Gebietskörperschaften, können den hohen Leistungsstandard der deutschen Freizeit- und Fremdenverkehrswirtschaft dauerhaft vor der internationalen Konkurrenz schützen.

Ein Ausbau der Koordination ist dringend geboten, um Leistungsverluste zu vermeiden.

Veränderungen im Altersaufbau der Bevölkerung, Kürzungen der Tages-, Wochen-, Monats-, Jahres- und Lebensarbeitszeit, Verschiebungen der realen Einkommensbezüge sowie die Entwicklung des privaten Verbrauchs, sind Prämissen künftiger Freizeitnachfrage.

Die Einstellungen der Menschen zu Beruf und Freizeit werden von diesen Grunddaten geprägt. Das soziale Bewußtsein wird darüber hinaus durch die Gegensätzlichkeit von technisch bedingtem Kollektivismus einerseits und dem Wunsch nach menschlichem Individualismus andererseits bestimmt und fortentwickelt.



**Lösungen bedarf der Freizeitsektor im Bereich:**

- privatwirtschaftlicher und infrastruktureller fremdenverkehrlicher Förderung durch Bund und Länder sowie der dadurch ausgelösten Folgekosten einschließlich neuer Regelungen im Finanzausgleich auf Regional- und Länderebene,
- der Stadt- und Naherholung durch familienfreundlichere und altersgerechtere Wohn- und Verkehrsplanung,
- des Abbaus von Umweltbelastungen, wozu insbesondere der Fluglärm in Urlaubs- und Kurgebieten gehört,
- von Campingplätzen, Wochenendhausgebieten, Freizeitwohnen durch bundeseinheitlich abgestimmte Länderr Regelungen,
- „Urlaub auf dem Bauernhof“ durch großzügigere Förderungen von Einrichtungen,
- der Heilbäder und Kurorte, durch medizinische Forschungsförderung und Hilfe der Deutschen Zentrale für Tourismus, klimatologische und balneologische Heilerfolge im Ausland darzustellen,
- der Verhinderung von Obererschließungen von Fremdenverkehrsgebieten und der Zerstörung von Orts- und Wirtschaftsstrukturen bestimmter Gemeinden durch die Häufung von sogenannten Zweitwohnungen,
- einer stärkeren Abstimmung der Sommer-Ferien-Regelung der Länder in der Bundesrepublik mit den europäischen Nachbarländern,
- einer auf mehr Qualität achtenden Gastronomie,
- durch die Verhinderung von Schwarz-Gastronomie,
- einer vernünftigen Grenzziehung zwischen Vereins-Gastronomie und der gewerblichen Gastronomie.

Die Förderung von Freizeit und Tourismus bewirkt gerade in strukturschwächeren Räumen der Bundesrepublik einen Ausgleich des regionalen Wohlstandsgefälles und trägt dazu bei, durch eine funktionelle Anreicherung in stagnierenden Regionen der Volkswirtschaft neue Arbeitsplätze und mehr soziale Stabilität zu schaffen.

Freizeitpolitik ist als eine politische Querschnittsaufgabe Teil einer umfassenderen Strukturpolitik von Bund, Ländern und Gemeinden anzusehen.

(-/30.4.1986/rs/ks)

\* \* \*

